

Neuer Streit um Stadtbahn

Kiel. Die neue Landesregierung will die umstrittene StadtRegionalBahn (SRB) aufs Gleis bringen, so steht es im gestern unterzeichneten Koalitionsvertrag. Während die rot-grüne Kooperation im Kieler Rathaus diesen Plan begrüßt, stößt er bei den Ratsfraktionen von FDP und CDU auf Widerstand. Ebenso empört reagiert die Kieler Industrie- und Handelskammer (IHK): Hier werde Geld rausgeworfen. **Seite 18**

IHK wettert gegen die Pläne zur Stadtreionalbahn

„Neue Landesregierung wirft Geld zum Fenster raus“ – Auch Rats-Opposition sieht krasses Missverhältnis von Kosten und Nutzen

Kiel. Das Endlos-Gezerre um eine Stadtreionalbahn (SRB) geht in die nächste Runde. Die neue Landesregierung will laut Koalitionsvertrag die seit vielen Jahren höchst kontrovers diskutierte SRB wieder aufs Fördergleis hieven. Applaus kommt von der rot-grünen Kooperation im Kieler Rathaus. Bei der Kieler Industrie- und Handelskammer (IHK) stoßen die Pläne ebenso auf massiven Widerstand wie bei den Ratsfraktionen von FDP und CDU.

Im Landeshaus einigten sich die Koalitionspartner auf Eckpunkte zum Aufbau einer

SRB. So soll der Landesanteil an den Infrastrukturkosten von 15 auf 25 Prozent steigen. Die Finanzierung könne aus Regionalisierungsmitteln und Umschichtungen bei Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung kommunaler Verkehrsverhältnisse erfolgen. Zudem sollen „weitere Finanzierungsquellen“ gefunden werden. Bei den Betriebskosten wird laut Koalitionsvertrag eine „gemeinschaftliche Lösung“ durch die Stadt Kiel, der beteiligten Kreise und dem Land angestrebt.

Aus Sicht der Ratsfraktionen von SPD, Grünen und

SSW hat damit die neue Mehrheit im Landeshaus die „große landespolitische Bedeutung“ der SRB anerkannt. Die jährlich zur Verfügung stehenden Investitionsmittel von 43,25 Millionen Euro würden künftig zu 70 Prozent für den öffentlichen Verkehr eingesetzt. Bislang seien nur 30 Prozent der Mittel dem öffentlichen Verkehr zugute gekommen und 70 Prozent dem kommunalen Straßenbau.

Aus Sicht des IHK-Präsidenten Klaus-Hinrich Vater wird für die SRB „aus verkehrsideologischen Gründen Geld zum Fenster hinausge-

worfen, das an anderer Stelle fehlt“. Denn eine Verkehrswirkung beschränke sich nur auf den Großraum Kiel. Betroffene Kommunen und Kreise müssten künftig Betriebskosten für den öffentlichen Nahverkehr übernehmen, obwohl Haushalte dafür keine Spielräume zuließen.

Die Rathaus-Kooperation hält der Kritik entgegen: Die SRB sei ein „herausragendes Infrastrukturprojekt“, für das rund 200 Millionen Euro Fördermittel von Bund und Land in die Region fließen könnten. Zudem vernetze eine SRB die Region, löse Pendler-Proble-

me, beseitige Staus und Parksuchverkehr und bilde zudem einen „entscheidenden Standortfaktor“.

Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion sind solche Argumente eine „völlig unhaltbare Schönmalerei eines bereits gescheiterten Prestigeobjekts der Grünen“. Die „äußerst schwammigen“ Aussagen im Koalitionsvertrag zur Finanzierung belegten dies. Das sieht auch die FDP so. Selbst wenn das Land seine Förderung erhöhen würde, bliebe noch ein zu finanzierender Restbetrag von mindestens 200 Millionen Euro. kúp